

# ZUKUNFT

*für* **Oberhausen**

**Kommunalwahlprogramm 2009 – 2014**

SPD-Unterbezirk Oberhausen

## Inhaltsverzeichnis

|   | Seite |
|---|-------|
| „Gemeinsam für Oberhausen und seine Menschen“ ..... | 2     |
| A wie „Arbeit für Oberhausen“ .....                 | 7     |
| B wie „Bildung für Oberhausen“ .....                | 12    |
| C wie „Chancengleichheit für Oberhausen“ .....      | 17    |
| Stadtentwicklung für Oberhausen .....               | 23    |
| Kulturelle Vielfalt für Oberhausen .....            | 28    |
| Sport und Gesundheit für Oberhausen .....           | 31    |
| Saubere Umwelt für Oberhausen .....                 | 33    |
| Gemeinsam für Oberhausen .....                      | 35    |

## „Gemeinsam für Oberhausen und seine Menschen“

Dies war, ist und bleibt die Leitlinie der sozialdemokratischen Politik für unsere Stadt. Das gemeinsame Engagement für Oberhausen ist gerade in Zeiten großer Herausforderungen für uns alle von zentraler Bedeutung. Und unsere Stadt steht vor großen Herausforderungen. Zum einen handelt es sich dabei um Entwicklungen, von denen alle Städte betroffen sind: Der demografische Wandel, die Entstehung der Wissensgesellschaft und die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Diesen Aufgaben werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit einem integrierten Stadtentwicklungskonzept begegnen, das die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sicherstellt und die Lebensqualität für die Menschen in Oberhausen weiter verbessert. Unsere maßgeblichen Ziele dabei sind,

- **zukunftsfähige Arbeitsplätze** zu erhalten und zu schaffen,
- **die beste Bildung** für alle zu ermöglichen,
- **mehr Chancengleichheit** und
- **mehr soziale Gerechtigkeit** zu gewährleisten sowie
- **eine nachhaltige und umweltverträgliche Stadtentwicklung** zu verwirklichen.

Darüber hinaus steht Oberhausen aber auch vor ganz besonderen Herausforderungen. Allen voran gehören dazu die finanzielle Situation unserer Stadt und das Spardiktat der Landesregierung. Aus diesem Grund setzen sich die Oberhausener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gemeinsam mit anderen benachteiligten Städten für eine gerechte Finanzausstattung der Kommunen ein.

Dabei sind wir uns bewusst, dass es neben der notwendigen Hilfe zur Selbsthilfe auch großer eigener Anstrengungen bedarf, um den städtischen Haushalt zu konsolidieren. Dieser Verantwortung haben wir uns gestellt und ein Sparpaket im Umfang von jährlich 50 Millionen Euro auf den Weg gebracht.

Für die Bürgerinnen und Bürger ist dieses Paket mit erheblichen Einschnitten verbunden. Die drückende finanzielle Situation macht es unumgänglich, klare politische Schwerpunkte für die Entwicklung unserer Stadt zu setzen. Unverantwortliche Sparbeschlüsse, die die Infrastruktur in Oberhausen zerstören, wird es mit uns aber unter keinen Umständen geben! Für uns galt stets und gilt auch in Zukunft die Devise: „Sparen ja – Kaputtsparen nein!“

Alle vorhandenen Mittel werden wir gezielt für die Fortsetzung der positiven Entwicklung unserer Stadt einsetzen. Mit dieser Absicht legen wir hiermit ein Kommunalwahlprogramm vor, das klar herausstellt, nach welchen Prioritäten wir die zukünftige Stadtentwicklung ausrichten wollen. Leitfaden für die Arbeit der kommenden Jahre soll dabei unser kommunalpolitisches ABC für Oberhausen sein:

## **A wie „Arbeit für Oberhausen“**

Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln werden wir die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für die Oberhausener Bürgerinnen und Bürger fördern. Auch in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise werden wir unsere bisherigen Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit durch die gezielte Fortführung des Strukturwandels und eine aktive Wirtschaftsförderung sichern und nach Möglichkeit weiter ausbauen.

## **B wie „Bildung für Oberhausen“**

Beste Bildung für alle ist ein vordringliches Ziel sozialdemokratischer Politik für Oberhausen. Unserer Ansicht nach, ist die beste Bildung nicht nur Grundlage einer positiven Wirtschaftsentwicklung in unserer Stadt, sondern auch eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Oberhausener Bürgerinnen und Bürger die bestmöglichen Lebenschancen erhalten. Wir werden daher jeden kommunalen Handlungsspielraum nutzen, um allen Menschen in unserer Stadt die jeweils besten Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen.

## **C wie „Chancengleichheit für Oberhausen und seine Menschen“**

Niemand in Oberhausen darf auf Grund seines ethnischen oder kulturellen Hintergrunds, wegen seines Geschlechts oder seiner sexuellen Identität, seines Alters oder auf Grund einer Behinderung benachteiligt werden – niemand darf schlechtere Lebenschancen auf Grund seines Wohnortes oder wegen des Geldbeutels seiner Eltern haben. Dieses Bekenntnis ist für uns das Fundament einer sozial gerechten Gesellschaft. Daher ist es unser Ziel, alle Formen von Benachteiligungen in Oberhausen zu verhindern und abzubauen und gleichzeitig dafür einzutreten, dass Oberhausen und die Menschen, die hier leben, nicht gegenüber anderen Städten und deren Bewohnern benachteiligt werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns darüber im Klaren, dass wir diese Ziele nicht allein erreichen können. Die Fortsetzung der positiven Entwicklung, die unsere Stadt bisher bereits genommen hat, bedarf vor allem des Engagements ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Besondere Bedeutung messen wir dabei dem gemeinsamen Kampf gegen das Spardiktat der Landesregierung bei. Nur wenn wir dagegen erfolgreich Widerstand leisten, können die wegweisenden Entscheidungen für unsere Stadt auch zukünftig vor Ort und damit von den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Nur dann können wir Oberhausens Zukunft erfolgreich selbst gestalten.

Für die Zukunft unserer Stadt setzen wir als SPD darum wie bisher auf ein festes Bündnis mit allen Oberhausenerinnen und Oberhausenern – auf ein Bündnis für Oberhausen.

## **Gerechte Finanzausstattung für Oberhausen**

Oberhausen musste in den vergangenen Jahrzehnten gewaltige Anstrengungen unternehmen, um die Auswirkungen des Strukturwandels zu bewältigen. Der dramatische Abbau von Arbeitsplätzen in der Kohle- und Stahlindustrie sowie das Wegbrechen der industriellen Großbetriebe führten zu einschneidenden Einnahmeverlusten für den städtischen Haushalt.

Damit einhergehend verursachten die steigenden Arbeitslosenzahlen stetig wachsende Ausgaben im Sozialbereich, insbesondere für die Folgen von Langzeitarbeitslosigkeit. Diese finanzielle Schiefelage wurde zudem durch neue Aufgaben verschärft, die der Stadt durch die Gesetzgebungen von Bund, Land und EU aufgebürdet wurden.

Auch die Reaktivierung industrieller Brachflächen, der Aufbau der Infrastruktur und die Schaffung neuer und zukunftsgerichteter Arbeitsplätze haben den Haushalt der Stadt zusätzlich, wenn auch sinnvoll belastet.

Nicht weniger notwendig waren aus unserer Sicht Investitionen im Bildungsbereich, für den Sport sowie für Jugend und Soziales. Wir haben in die Zukunft Oberhausens investiert, für die Stadt und für die Menschen, die hier leben.

Aus all diese Faktoren ergibt sich *die* zentrale Ursache für die Finanzschwäche Oberhausens: *Zwischen den möglichen Einnahmen und den notwendigen Ausgaben der Stadt besteht ein strukturelles Ungleichgewicht.*

Das Einnahmenniveau Oberhausens liegt – wie das der anderen strukturschwachen Städte des Ruhrgebiets auch – deutlich unter dem Niveau der vom Strukturwandel weitgehend verschonten Städte in Nordrhein-Westfalen.

Während der Stadt Oberhausen im Jahr 2007 pro Einwohner circa 1.380 Euro an Einkünften zur Verfügung standen, konnte etwa die Stadtkasse Düsseldorf im gleichen Zeitraum Einnahmen in Höhe von 2.650 Euro je Bürger verzeichnen. Stünden der Stadt Oberhausen in vergleichbarem Umfang Mittel zur Verfügung, könnte sie nicht nur auf jeden weiteren Kassenkredit verzichten, sondern würde darüber hinaus jedes Jahr einen Haushaltsüberschuss von über 125 Mio. Euro erwirtschaften.

Auf Grund seines niedrigen Einnahmenniveaus war und ist Oberhausen gezwungen, seine verbindlichen Zahlungsverpflichtungen - wie andere Ruhrgebietsstädte auch - dauerhaft über Kassenkredite abzudecken. Unter Aufsicht der Bezirksregierung hat sich so ein Kreditvolumen summiert, das die Stadt trotz ihrer entschlossenen Sparbemühungen nicht aus eigener Kraft bewältigen kann.

## **Sparen ja – Kaputtsparen nein**

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für eine sichere und ausreichende Finanzausstattung für alle Gemeinden und Städte in NRW. Denn kommunale Selbstverwaltung bedeutet auch, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf gleiche Lebenschancen haben – egal, ob sie in einer vermeintlich reichen oder in einer unverschuldet armen Stadt wohnen, leben und arbeiten. Auch die Stadt Ober-

hausen hat aus diesem Grund ein Recht auf eine Finanzausstattung, die es ihr ermöglicht, alle notwendigen kommunalen Aufgaben aus eigener Kraft zu realisieren.

Durch das Spardiktat der schwarz-gelben Landesregierung soll unserer Stadt jeder finanzielle Handlungsspielraum genommen werden. Die Durchsetzung dieses Diktats hätte schwerwiegende Folgen für das Leben in Oberhausen. Die Bürgerinnen und Bürger Oberhausens würden massiv gegenüber den Einwohnern anderer Städte benachteiligt. Die Sozial-, Kultur-, Sport- und Bildungsstruktur unserer Stadt würde zerschlagen und die bisherigen Erfolge der Stadtentwicklung, allen voran der Abbau der Arbeitslosigkeit, wären unmittelbar bedroht.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in den letzten Monaten unter Beweis gestellt, dass wir gemeinsam mit den Oberhausenerinnen und Oberhausenern entschlossen sind, schmerzhaft Einschnitte in Kauf zu nehmen, um den städtischen Haushalt zu sanieren.

Fest steht aber dennoch: Auch mit den größten Sparbemühungen wird sich die Stadt nicht aus eigener Kraft aus der Schuldenfalle befreien können. Deshalb fordern wir vom Land NRW und vom Bund Unterstützungsmaßnahmen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe. Der von der SPD-Landtagsfraktion vorgeschlagene Fonds zur Entschuldung von Nothaushaltskommunen weist dabei den richtigen Weg.

Bisher jedoch wird Oberhausen gerade deshalb von sinnvollen Förderprogrammen des Bundes ausgeschlossen, weil es über keine Eigenmittel verfügt. Dies hat etwa zur Folge, dass der Stadt derzeit Zuschüsse in Millionenhöhe entgehen, die für Energiesparmaßnahmen an Schulen zur Verfügung stehen. Dieses Vorgehen halten wir für politisch und wirtschaftlich völlig unsinnig. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass arme Städte wie Oberhausen auf Fördergelder für langfristig sinnvolle Investitionen in die Infrastruktur verzichten müssen und dadurch beispielsweise gezwungen sind, mehr Geld für Energie auszugeben als reiche Städte. Gerade die finanzschwachen Gemeinden müssen in Zukunft Nutzen aus den Förderprogrammen ziehen und von den damit verbundenen Spareffekten profitieren.

Als besonders belastend und ungerecht empfinden viele Bürgerinnen und Bürger die Zahlungsverpflichtungen an den Fonds Deutsche Einheit. Während die Infrastruktur in vielen Ruhrgebietsstädten wegen der fehlenden Finanzmittel verfällt, weisen immer mehr ostdeutsche Städte wesentlich günstigere Haushaltslagen auf.

Darüber hinaus sehen sich die vom Strukturwandel gebeutelten Ruhrgebietsstädte gezwungen, ihren Solidarbeitrag Ost vollständig über Kredite zu finanzieren. Auch Oberhausen muss den städtischen Haushalt aus diesem Grund mit zusätzlichen Zinsen und Zinseszinsen belasten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen daher, dass sich die Infrastrukturförderung zukünftig nach dem tatsächlichen Bedarf und nicht nach der geografischen Lage der Kommunen richtet.

Der Weg zu einer gerechten Finanzausstattung ist ein langer und steiniger. Während dieses Weges werden wir nicht verharren, sondern kreative Möglichkeiten suchen, die Lebensqualität in unserer Stadt zu erhalten und zu verbessern. Die Akquise von Fördermöglichkeiten und Sponsoringbemühungen nimmt deshalb als wichtige Querschnittsaufgabe an Bedeutung zu und muss qualitativ in der Organisationsform der Verwaltung professionell umgesetzt werden. Darin enthalten ist die Dienstleistung für die Verwaltungseinheiten zur Information über Finanzierungsmöglichkeiten und die

Beratung hinsichtlich Antragsstellung, Durchführung und Berichtswesen. Die Not muss erfinderisch machen!

Wenn wir unsere Zukunft selbst gestalten wollen, dann geht das nur mit soliden Finanzen. Wir Oberhausenerinnen und Oberhausener wollen sicher nichts geschenkt, aber wir wollen eine gerechte Chance. Wir wollen uns Handlungsspielräume erhalten, um die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt bewahren zu können. Ein einseitiges Diktat zum Kaputtsparen werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten daher entschlossen bekämpfen!

## **A wie „Arbeit für Oberhausen“**

*Arbeit ist von herausragender Bedeutung für das wirtschaftliche Wohlergehen der Menschen, für ihr Selbstwertgefühl und für ihre selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.*

*Die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Oberhausenerinnen und Oberhausener werden wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln fördern. Die bisher erzielten Erfolge beim Abbau der Arbeitslosigkeit durch die planvolle Gestaltung des Strukturwandels und die aktive Wirtschaftsförderung gilt es auch in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzkrise zu bewahren und nach Möglichkeit auszubauen. Dabei ist uns bewusst, dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommunales Handeln alleine nicht ausreicht. Den Rahmen unserer Handlungsmöglichkeiten werden wir aber voll ausschöpfen um entscheidende Beiträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Oberhausen zu leisten.*

### **Arbeitsplätze für Oberhausen**

Seit dem Stahlboom von 1961 hat Oberhausen durch das Wegbrechen der Kohle- und Stahlindustrie über 58.000 Arbeitsplätze verloren. Weil wir uns aber zusammen mit den Oberhausener Bürgerinnen und Bürger den gewaltigen Herausforderungen des Strukturwandels gestellt und ihn bewusst gestaltet haben, ist es uns gelungen, im gleichen Zeitraum fast 30.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Besonders seit 2004 ist die Arbeitslosigkeit in Oberhausen massiv zurückgegangen. Über 2200 Arbeitsplätze wurden in den Jahren von 2004 bis 2008 entweder neu geschaffen oder deren Verlagerung verhindert. Dem gegenüber stehen lediglich 750 Arbeitsplätze, die verloren gegeben werden mussten.

Vielfältige kommunale Anstrengungen haben diese positive Bilanz möglich gemacht. Dazu zählen vor allem die aktive Wirtschaftsförderung, die verbesserte regionale Zusammenarbeit im Ruhrgebiet und Initiativen zur gezielten Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Auf diese Weise haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wesentlich dazu beigetragen, die Lebenskraft unserer Stadt zu erhalten und Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft in Oberhausen zu erschließen. Diesen erfolgreichen Weg will die Oberhausener SPD auch in den kommenden Jahren weitergehen.

### **Aktive Wirtschaftsförderung**

Strukturwandel und Globalisierung haben die Bedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung stark verändert. Darauf haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit der Neuordnung der Wirtschaftsförderung in Oberhausen reagiert. Die zahlreichen kommunalen Aktivitäten wurden in der Wirtschaftsförderung Oberhausen GmbH (WFO) gebündelt und im Rahmen der Entwicklungsgesellschaft Neu Oberhausen (ENO) eine enge Zusammenarbeit mit der Oberhausener Wirt-

schaft etabliert. Wir werden das ehemalige Werksgasthaus zum „Zentrum für Wirtschaftsförderung“ ausbauen, um Unternehmern Unterstützung aus einer Hand anzubieten. Neben der städtischen Wirtschaftsförderung und der Entwicklungsgesellschaft Neu Oberhausen sollen dort die Tourismus und Marketing GmbH, die Unternehmensverbandsgruppe und unternehmensnahe Dienstleistungen angesiedelt werden.

Im Zuge dieser aktiven Wirtschaftsförderung konnten bereits zahlreiche Maßnahmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen realisiert werden. Dadurch wird die Stadt Oberhausen nicht nur ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung gerecht, sondern trägt auch selbst dazu bei, ihr Gewerbesteueraufkommen langfristig zu erhöhen und damit ihr Haushaltsdefizit zu vermindern. So konnten die Gewerbesteuer-einnahmen auch dank unserer erfolgreichen Wirtschaftsförderungspolitik von 36,8 Mio. Euro im Jahr 2003 auf einen Höchststand von 103,9 Mio. Euro im Jahr 2008 gesteigert werden.

## **Unternehmen sichern**

Wir sind der Überzeugung, dass die intensive Betreuung der ortsansässigen Unternehmen unmittelbar dazu beiträgt, Arbeitsplätze in Oberhausen zu sichern und zu schaffen. Unsere Bestandspflege reicht dabei von Beratungen jeder Art und dem Knüpfen von Netzwerken, über die Umsiedlung von Unternehmen innerhalb des Stadtgebiets und die Qualifizierung von Beschäftigten bis hin zur Unterstützung bei der Suche eines geeigneten Unternehmensnachfolgers. Vor allem aber kommt unserer Wirtschaftsförderung eine wichtige Lotsenfunktion bei allen Behördengängen zu.

## **Unternehmen gründen**

Indem wir in Oberhausen Unternehmensgründerinnen und -gründer beraten und unterstützen, wollen wir einen Beitrag zur Entwicklung innovativer Wirtschaftszweige in unserer Stadt leisten.

Als eine der ersten Städte in NRW haben wir Oberhausen daher in eine enge und ertragreiche Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer (IHK), mit der Handwerkskammer, der Kreishandwerkerschaft sowie mit dem Verein STARTER Consult e.V. geführt. Darüber hinaus bieten wir jungen Unternehmen besondere Entwicklungsperspektiven im Technologiezentrum Umweltschutz (TZU).

Diese Angebote für Unternehmensgründerinnen und -gründer werden wir weiterhin pflegen und ausbauen. Unser Ziel ist es, junge Unternehmen in allen zentralen Fragen beraten zu können und damit eine Lotsenfunktion gegenüber der kommunalen Verwaltung einzunehmen.

## **Im Ruhrgebiet gemeinsam handeln**

Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung in Oberhausen ist unserer Ansicht nach auf die enge Kooperation mit unseren Nachbarstädten angewiesen. Die Ruhrgebietsstädte profitieren von gemeinsamen Messeauftritten, einem gemeinsamen Standortmarketing, vom Ausbau regionaler Kompetenzfelder und nicht zuletzt von einem

kooperativen Flächenmanagement, vor allem wenn es um die Verlagerung von Unternehmensstandorten geht. Vor diesem Hintergrund werden wir weiterhin jede Möglichkeit zur regionalen Zusammenarbeit in diesen Bereichen wahrnehmen und aktiv vorantreiben.

## **Flächen erfolgreich vermarkten**

Noch vor wenigen Jahren bestanden die Aufgaben kommunaler Wirtschaftsförderung insbesondere darin, Altlasten auf Industriebrachen beseitigen zu lassen, Fördermittel für die Erschließung zu beschaffen und neue Firmen anzusiedeln. Heute werden die kommunalen Flächen knapp. Diese Entwicklung ist in erster Linie als Erfolg der Oberhausener Ansiedlungspolitik zu bewerten. Zugleich aber ergeben sich daraus neue Anforderungen für das kommunale Flächenmanagement. Der Schwerpunkt der Arbeit wird zukünftig darin bestehen, flächensuchende Unternehmen und Flächeneigentümer zusammenzubringen. Um neue Gewerbeflächen unter städtischer Steuerung zur Ansiedlung neuer Unternehmen zu erschließen, wollen wir einen „revolvierenden Fonds“ einrichten. Durch ihn sollen neue Gewerbeflächen erschlossen, ertüchtigt und danach veräußert werden. Aus den Einnahmen können wiederum weitere Erschließungsflächen finanziert werden.

Ob bei der Sicherung und Schaffung von Gewerbeflächen in Mischgebieten, bei der Nachfolgenutzung in Gewerbegebieten oder der Kooperation mit den Nachbarstädten im Ruhrgebiet – neue Instrumente des Flächenmanagements sind notwendig, um die Attraktivität Oberhausens als Unternehmensstandort zu sichern.

Darin sehen wir auch die Rolle der Stadt bei der Entwicklung des ehemaligen Stahlwerksgeländes. Weil die Landesregierung das dort geplante Zukunftsprojekt „O-Vision“ verhindert hat, musste die Stadt das Grundstück veräußern, um massive finanzielle Belastungen abwenden zu können.

Nun liegt es allein in der Verantwortung des privaten Eigentümers, das Gelände zu entwickeln und zu vermarkten. Dieser Verantwortung muss er endlich gerecht werden! Durch den Beschluss eines Bebauungsplans haben wir die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen und sind auch weiterhin entschlossen, die Entwicklung des Geländes im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.

## **Unsere Stärken stärken**

Im Mittelpunkt unserer Wirtschaftsförderung steht das Konzept einer Kompetenzfeldwirtschaft. Deren Ziel ist es, die bereits vorhandenen Schwerpunkte in der Oberhausener Unternehmensstruktur zu fördern und weiter ausbauen. Die starken Branchen der kommunalen Wirtschaft sollen kooperieren, wachsen und auf diese Weise noch stärker werden. Die entsprechenden Kompetenzfelder sind unserer Auffassung nach insbesondere im Bereich der industrie- und unternehmensnahen Dienstleistungen zu sehen. Von zentraler Bedeutung für die Oberhausener Wirtschaft sind darüber hinaus die industriellen Kerne des Anlagenbaus und der Chemie und die neuen Felder der Gesundheits-, der Kreativ- und nicht zuletzt der Freizeitwirtschaft, die sich als Motor des Strukturwandels in der Neuen Mitte Oberhausen etabliert hat.

Einen Schwerpunkt werden wir bei der Förderung der Kreativwirtschaft setzen. Dort, wo sich Unternehmen aus Medien, Kultur und Werbung ansiedeln, wächst auch die Attraktivität des Standortes für weitere Unternehmen. Beginnen werden wir mit einem Projekt im Rahmen der Kulturhauptstadt in der Innenstadt Alt Oberhausen.

## **Tourismus fördern**

Der Tourismus gehört zu den wichtigsten Standbeinen der Oberhausener Wirtschaft. Mit zahlreichen Attraktionen, wie Centro, Gasometer, SeaLife Großaquarium und Musicaltheater hat sich unsere Stadt zu einem *der* touristischen Anziehungspunkte im Ruhrgebiet entwickelt. Die Zahl der Übernachtungen in Oberhausen hat sich seit 1994 von knapp 50.000 auf heute fast 250.000 verfünffacht. Gleichzeitig haben die jährlichen Umsätze im Tourismusbereich einen Betrag von 300 Millionen Euro überschritten. Diese Erfolge konnten vor allem deshalb erreicht werden, weil die SPD in Oberhausen die Tourismusförderung als einen zentralen Bestandteil des kommunalen Strukturwandels begriffen und konsequent umgesetzt hat.

Das anstehende Kulturhauptstadtjahr 2010 wollen wir nutzen, um nachhaltig auf den Tourismusstandort Oberhausen aufmerksam zu machen. Der Oberhausener Beitrag zur Kulturhauptstadt Ruhrgebiet steht dabei unter dem Motto „Populär und Spektakulär!“ Dieser Devise fühlen wir uns verpflichtet.

Mit der Einrichtung eines Informations- und Besucherzentrums im Bereich der Neuen Mitte, mit einer spektakulären Ausstellung im Gasometer und der Eröffnung der Ausgrabungsstätte an der Antony-Hütte werden wir die Attraktivität Oberhausens als Ziel von Städtetourismus weiter erhöhen und auf diese Weise den Tourismus als bedeutenden Faktor der städtischen Wirtschaft stärken.

## **Öffentlichen Arbeitsmarkt aktiv gestalten**

Selbst die erfolgreichste kommunale Wirtschaftsförderung kann die Arbeitslosigkeit in Oberhausen nicht völlig beseitigen. Zur Unterstützung arbeitsuchender Menschen wird der öffentliche Arbeitsmarkt in Oberhausen unverzichtbar bleiben. Aus diesem Grund sind wir entschlossen, auch weiterhin mit Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Qualifikationsangeboten Brücken in dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse zu bauen.

## **Beschäftigung fördern**

Wichtige Bausteine für die erfolgreiche Beschäftigungsförderung in Oberhausen sind ein starkes Netz von Beschäftigungsträgern und die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Kommune und Bundesagentur für Arbeit.

Insbesondere das vorhandene Wissen um die Verhältnisse vor Ort muss den Erwerbslosen noch mehr als bisher zugute kommen. Daher werden wir darauf hinwirken, dass die Kompetenzen der Stadt im Zuge neuer gesetzlicher Vorgaben für die Arbeit der Arge SODA weiter ausgebaut werden. Damit wollen wir vor allem dazu beitragen, den Erfolg von Beschäftigungsmaßnahmen zu erhöhen und den Übergang

von der Schule in den Beruf und den beruflichen Wiedereinstieg nach der Elternphase zu erleichtern.

## **Qualifizierung ausbauen**

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind wir vom Nutzen gezielter Qualifizierung überzeugt. Ein höheres Qualifikationsniveau bedeutet die Verbesserung von Arbeits- und Lebenschancen und die Stärkung der Oberhausener Wirtschaft.

Aus diesem Grund beabsichtigen wir insbesondere solche Fördermaßnahmen auszubauen, mit denen Oberhausener Arbeitsuchende speziell für die vorhandenen Aufgaben in den Oberhausener Unternehmen qualifiziert werden. Auf diese Weise verbessern sich nicht nur die Vermittlungschancen der Arbeitssuchenden. Vielmehr können wir damit auch einen Beitrag dazu leisten, dass den Oberhausener Unternehmen in ausreichendem Maße Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Zu diesem Zweck soll der Bedarf an Arbeitskräften in Oberhausen genau erfasst und gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und den örtlichen Bildungsträgern passende Qualifizierungsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Darüber hinaus wollen wir vor allem die Fortbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen fördern.

## **Investitionen für Oberhausen**

Trotz knapper Kassen tätigt die Stadt Oberhausen erhebliche öffentliche Investitionen. Im Rahmen der Sanierungs- und Ausbauprogramme für Schulen, Kindergärten, Sportstätten, Jugendeinrichtungen, Hallenbäder, Straßen und Kanäle wurden Millionensummen in die Infrastruktur unserer Stadt investiert.

Die Oberhausener SPD hält es für unabdingbar, diese Investitionen in Zukunft fortzusetzen. Dabei wollen wir an der bewährten Zusammenarbeit mit dem örtlichen Handwerk und dem örtlichen Mittelstand festhalten. Öffentliche Investitionen sorgen nicht nur für die notwendige Infrastruktur in unserer Stadt, sie unterstützen auch die Oberhausener Wirtschaft und sichern und schaffen damit Arbeitsplätze vor Ort.

## **B wie „Bildung für Oberhausen“**

*Bildung ist der herausragende Faktor der sozialen und ökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft. Bildung entscheidet über die Lebenschancen und die Teilhabemöglichkeiten der Menschen. Wir Oberhausener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben vor diesem Hintergrund ein klares Ziel für unsere politische Arbeit formuliert: „Die beste Bildung für alle!“*

*Bildungschancen müssen unabhängig sein von der Herkunft, den finanziellen Möglichkeiten und den Lebensumständen der Bürgerinnen und Bürger. Wir müssen daher weg von einem Bildungssystem, das Kinder frühzeitig aussondert, hin zu einer neuen Kultur des gemeinsamen Lernens. Dafür brauchen wir eine frühzeitige und individuelle Förderung. Dafür brauchen wir selbstständige Schulen, die zu kreativen Lernorten mit vielen Partnern aus der Stadtgesellschaft werden.*

*Bildung fällt in erster Linie in die Zuständigkeit des Landes. Das Land ist in der Pflicht, den Rahmen für eine zukunftsfähige Bildungslandschaft zu gestalten und deren Finanzierung sicherzustellen. Betreuung, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung finden jedoch immer vor Ort statt. Für die Gestaltung einer kreativen und vielschichtigen Bildungslandschaft ist die Beteiligung der Kommunen daher unverzichtbar. Aus diesem Grund sind wir entschlossen, alle kommunalen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Oberhausenerinnen und Oberhausenern die beste Bildung zu ermöglichen.*

*Die Herstellung von Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendliche ist unverrückbarer Anspruch der SPD. Aber auch die Lebensgrundlagen in unserem Land und damit in unserer Stadt können nur gesichert und weiterentwickelt werden, wenn alle vorhandenen Begabungen und Fähigkeiten aller Kinder optimal gefördert und genutzt werden. Deshalb ist es Ziel unserer Bildungspolitik, kein Kind zurückzulassen.*

### **Beste Bildung von Anfang an**

Beste Bildung von Anfang an! Das heißt für uns: Der frühkindlichen Bildung, also der Bildung vor der Einschulung, muss eine stärkere Bedeutung zukommen.

Immer noch hängt der Bildungserfolg der Kinder viel zu sehr von ihrer sozialen Herkunft ab. Möglichst früh müssen die Eltern deswegen bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder Unterstützung finden. Damit Bildung in Oberhausen möglichst früh beginnen kann, werden wir die Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen weiter ausbauen. Zusammen mit flexiblen und am Bedarf der Eltern ausgerichteten Öffnungszeiten schaffen wir damit wichtige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit.

Die Kindertageseinrichtungen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für die vorschulische Bildung. Wir werden daher ein flächendeckendes, flexibles und qualitativ hochwertiges Angebot für alle Kinder ab drei Jahren garantieren.

Die Förderung der Sprache als Schlüsselqualifikation für zukünftige Lebenschancen und das Erlernen und Erfahren eines friedlichen Miteinanders sollen dabei im Vordergrund stehen. Für alle Kinder mit besonderem Förderbedarf werden wir daher Maßnahmen zur Sprachförderung anbieten.

Weiterhin werden wir den Ausbau der Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren mit einem umfassenden Angebot in den Bereichen Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendhilfe, Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternphase sowie Gesundheitsvorsorge forcieren.

Um für alle Kinder die Bildung und Betreuung in einer Kindertagesstätte so früh wie möglich sicher zu stellen, soll das letzte Besuchsjahr vor der Einschulung für alle Kinder verpflichtend werden. Voraussetzung hierfür ist die Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr.

Die Betreuung ihrer Kinder muss für Eltern bezahlbar sein. Wir halten es für einen Skandal, dass die Landesregierung die Stadt Oberhausen gezwungen hat, die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen zu erhöhen. Oberhausener Eltern und Kinder werden damit massiv gegenüber den Bewohnern anderer Städte benachteiligt. Während in Oberhausen die Beiträge auf Beschluss der Bezirksregierung angehoben werden, ist der Besuch des Kindergartens in Düsseldorf kostenfrei.

Unser Ziel bleibt es, auch den Oberhausener Kindern eine kostenfreie Betreuung und Förderung in den Kindertageseinrichtungen zu ermöglichen. In einem ersten Schritt streben wir die Beitragsfreiheit für das letzte Besuchsjahr vor der Einschulung an. Bund und Land sind in der Pflicht dafür die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen ohne die Kommunen zusätzlich zu belasten.

Um den Übergang von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule möglichst reibungslos zu gestalten, muss die Kooperation zwischen den beiden Bildungseinrichtungen vor Ort ausgebaut und verbessert werden. Die Bildungsdokumentation, die für jedes Kind in einer Kindertageseinrichtung erstellt wird, halten wir für eine optimale Grundlage für eine individuelle Förderung der Grundschul Kinder. Lebensbegleitende Bildungsdokumentationen erleichtern auch weitere Übergänge, wie den Übergang zur weiterführenden Schule.

## **„Kurze Beine - kurze Wege“**

„Kurze Beine - kurze Wege“ ist das Prinzip, das wir trotz sinkender Schülerzahlen weiterhin bei den Grundschulen beibehalten werden. Die vom Land gesetzten Rahmenbedingungen werden wir flexibel nutzen, um die Wohnortnähe der Grundschulen zu gewährleisten.

Die Grundschule als Schule im Stadtteil ist nach unseren Vorstellungen eine Ganztagschule, die neben den rein schulischen Angeboten weitere Bildungsanregungen aus ihrem sozialen Umfeld, aus den örtlichen Sportvereinen, Musikschulen oder Jugendeinrichtungen anbietet.

Dass in Oberhausen die Offene Ganztagsgrundschule flächendeckend realisiert worden ist und inzwischen die Hälfte aller Schülerinnen und Schüler dieses Ganztagsangebot nutzen kann, macht uns stolz.

Wir fordern ein Gesamtkonzept für die Nutzung von Schulgebäuden, die wegen sinkender Schülerzahlen nicht mehr ausgelastet sind. Dabei bleibt für uns klar: Es wird keine Schule aus finanziellen Gründen geschlossen. Bei der Nachfolgenutzung freier werdender Schulen haben für uns schulische Nutzungen Vorrang – auch um das

Prinzip: „kurze Beine – kurze Wege“ sicherzustellen. Dahinter müssen Überlegungen zur finanziellen Verwertung von Grundstücken und Gebäuden zurückstehen.

## **Ganztagsangebote ausbauen**

Auch an den weiterführenden Schulen wächst der Ganztagsbedarf. Nach der Umwandlung von drei Hauptschulen in die Ganztagsform wird zukünftig auch das Elsa-Brändström-Gymnasium als Ganztagsgymnasium geführt werden. Der vom Land gesetzte finanzielle Rahmen für die baulichen Voraussetzungen ist zwar völlig unzureichend, wir werden aber dennoch jede Möglichkeit nutzen, um die bestmöglichen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb zu realisieren. Hierzu werden wir auch Möglichkeiten zur multifunktionalen Nutzung von Klassenräumen prüfen lassen.

Unabdingbar für die Ganztagschulen ist die Versorgung mit einer hochwertigen Mittagsmahlzeit. Wir werden dafür Sorge tragen, dass kein Kind aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen in der Schule ausgeschlossen wird.

## **In Bildung investieren**

In Oberhausen wurde und wird in Bildung investiert. Seit Jahren haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür gesorgt, dass trotz knapper Finanzausstattung Schulen saniert und renoviert wurden und werden. Durch die jährlich mit den Schulen abgestimmten Bauprogramme konnten wir die Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen schaffen.

Vor dem Hintergrund der sinkenden Schülerzahlen und des geänderten Raumbedarfs werden wir ein zukunftsorientiertes Raumkonzept für modernen und innovativen Unterricht auf den Weg bringen. Neben dem laufenden Sanierungsprogramm für Schulen werden wir uns für die Modernisierung und Schaffung von Fachräumen in Schulen einsetzen.

Die Oberhausener Schulen wurden umfassend mit modernen Medien ausgestattet. Diese Medien gilt es nun regelmäßig zu erneuern, um den notwendigen technischen Standard gewährleisten zu können.

## **Schule unterstützen**

Obwohl die inhaltliche Arbeit der Schulen in die Zuständigkeit des Landes fällt, haben die Oberhausener Schulen auch in ihrer inhaltlichen Arbeit immer Unterstützung von der Stadt erfahren. Die Etablierung der Schulsozialarbeit, die Unterstützung der Sprachförderung und die inhaltliche Begleitung der Offenen Ganztagschule sind nur einige Beispiele für entsprechende Maßnahmen.

Auch wenn dies freiwillige Unterstützungsleistungen der Stadt sind, wollen wir diese zum Wohle unserer Kinder fortsetzen und ausbauen. Durch eine erweiterte Bildungsberichterstattung werden wir die Grundlagen dafür schaffen, dass städtische Unterstützung vor allem dort geleistet werden kann, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Durch die Konzentration auf benachteiligte Bereiche wollen wir zu mehr Chancengleichheit in der Bildung beitragen.

Zudem wollen wir eine „Ferienschule“ für Oberhausener Schülerinnen und Schüler einführen. In dieser sollen benachteiligte Schülerinnen und Schüler in der Ferienzeit intensiv gefördert werden und gleichzeitig die Möglichkeit zu einer Ferienfreizeit erhalten. Damit wollen wir einen Beitrag leisten, die Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder zu verbessern.

## **Oberhausener Bildungslandschaft gestalten**

Die neuen und stetig wachsenden Herausforderungen an eine moderne Bildung erfordern mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit der Bildungseinrichtungen. Eine zentrale Steuerung kann die jeweiligen Bedingungen vor Ort nicht berücksichtigen und ist letztlich hemmend für notwendige Entwicklungen. Daher fordern wir die Einrichtung eines Oberhausener Bildungsbüros.

Dieses städtische Bildungsbüro soll die regionalen Aktivitäten im Bildungsbereich vernetzen und insbesondere die Arbeit der Schulen mit den Angeboten der Jugendhilfeträger, der Weiterbildung, der beruflichen Bildung und anderer Träger koordinieren. Von einem Oberhausener Bildungsbüro erwarten wir somit Anregungen für eine Steigerung der Effizienz in der Oberhausener Bildungslandschaft, um Chancengleichheit und Zukunftsfähigkeit der Bildung in unserer Stadt zu verwirklichen. Damit neue Ideen und Maßnahmen, die sich aus der praktischen Arbeit des Bildungsbüros ergeben, auch umgesetzt werden können, werden wir Finanzmittel für entsprechende Projekte zur Verfügung stellen.

## **Länger gemeinsam lernen**

Der Übergang von der Grundschule zu einer weiterführenden Schule ist für viele Schülerinnen und Schüler eine einschneidende Lebenserfahrung. Sämtliche internationalen Vergleichsuntersuchungen attestieren dem deutschen Schulsystem, dass unsere Kinder viel zu früh voneinander getrennt und in die verschiedenen Bildungsgänge einsortiert werden. Dies führt nachweislich zu einer massiven Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Familien.

Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem die Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam und voneinander lernen können. Das Modell der Gemeinschaftsschule steht für eine neue Lernkultur, die die Grundlage für optimale Entwicklungsperspektiven und individuelle Förderchancen bildet. Ohne Einsortierung in Schublade, ohne Bildungssackgassen können unsere Kinder genau die Bildungsgänge bewältigen, die ihrem jeweiligen Können und ihrer Interessenslage entsprechen.

Wir wissen, dass diese Weiterentwicklung des Bildungssystems die Akzeptanz der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Eltern voraussetzt. Deshalb müssen Eltern, Schulen und die Stadt als Schulträger in einem breiten Dialog die Entscheidung über die innere Organisation der einzelnen Schule treffen dürfen. Wir erwarten, dass das Land die notwendigen Rahmenbedingungen dafür schafft.

Zum gemeinsamen Lernen gehört für uns auch der gemeinsame Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern. In Oberhausen haben wir entsprechende Angebote von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen ausgedehnt. Wir sind entschlossen, auch an weiteren Schulen die räumlichen Voraussetzungen für

den integrativen Unterricht zu schaffen. Vom Land fordern wir, die notwendige Lehrerausstattung für den gemeinsamen Unterricht sicherzustellen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Gründung der Oberhausener Initiative „Länger gemeinsam lernen“.

## **Übergang Schule – Beruf unterstützen**

Die Unterstützung von Schülerinnen und Schülern bei der Berufswahl gewinnt immer mehr an Bedeutung. Wir wollen, dass diese Unterstützung möglichst frühzeitig ansetzt. Hierzu gibt es in Oberhausen eine Vielzahl erfolgreicher Projekte. Diese reichen von der Aufnahme berufsorientierender Maßnahmen in den Unterricht, über neue Formen von Eignungsprüfungen bis zu vielfältigen Angeboten im Bereich von Praktika. Unser Ziel ist es, für alle Oberhausener Schülerinnen und Schüler zu dauerhaften Angeboten zu kommen, die sie frühzeitig bei der Berufswahl unterstützen.

## **Ausbildung für alle**

Die berufliche Erstausbildung ist die unverzichtbare Grundlage für den späteren Beruf und die Verwirklichung der eigenen Lebenspläne. Leider finden immer noch zu viele Jugendliche nach der Schule keinen Ausbildungsplatz. Häufig sind das diejenigen Schülerinnen und Schüler, die nicht die nötige Unterstützung erhalten haben. Wir halten es deshalb für erforderlich, dass die Vorbereitung auf die Arbeitswelt während der Schulzeit verbessert wird. Das Projekt „Praxislerntag“, das von der Bürgerstiftung der Stadtsparkasse Oberhausen finanziell unterstützt wird, ist dafür eines von vielen gelungenen Beispielen in Oberhausen.

Alle Jugendlichen haben das Recht auf Ausbildung. Deshalb ist es notwendig, dass die Jugendlichen, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz erhalten, öffentlich gefördert, qualifiziert und ausgebildet werden. Wir werden daher die in Oberhausen tätigen Qualifizierungsträger (z.B. ZAQ, Ruhrwerkstatt) weiterhin aus kommunalen Mitteln unterstützen

## **Lebensbegleitendes Lernen unterstützen**

In unserer modernen Wissensgesellschaft sind wir auf lebensbegleitendes Lernen angewiesen. Neue berufliche Anforderungen, aber auch der individuelle Anspruch auf kulturelle und politische Bildung erfordern eine leistungsfähige Weiterbildung. Das „Recht auf eine zweite Chance“, die Möglichkeit, dass man seinen Schulabschluss nachholen kann und darf, ist ohne die Oberhausener Volkshochschule nicht realisierbar. Wir werden die VHS deswegen weiterhin unterstützen und prüfen, ob durch eine zusätzliche Vernetzung (z.B. mit den Berufskollegs in der Region) das Weiterbildungsangebot ausgebaut werden kann.

## **C wie „Chancengleichheit für Oberhausen“**

*Aus unserem Bekenntnis zu den sozialdemokratischen Grundwerten von Solidarität, Freiheit und Gleichheit erwächst uns eine unmittelbare Verpflichtung zum Handeln. Es liegt in unserer politischen Verantwortung, die Lebensbedingungen der Menschen in Oberhausen so zu gestalten, dass sie ihr Leben unter gerechten Bedingungen selbstbestimmt gestalten können und sie zugleich - wenn nötig - die solidarische Hilfe der Gemeinschaft erfahren. Daher gehört die Verwirklichung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit zu den maßgeblichen Zielen sozialdemokratischer Politik für Oberhausen.*

*Chancengleichheit bedeutet dabei, allen Menschen die Möglichkeit zu schaffen, aus ihren individuellen Neigungen und Fähigkeiten, das für Sie Beste zu machen. Grundvoraussetzung dafür ist es, Benachteiligungen jeder Art abzubauen. Niemand in Oberhausen darf auf Grund seines ethnischen oder kulturellen Hintergrunds, wegen seines Geschlechts oder seiner sexuellen Identität, seines Alters oder auf Grund einer Behinderung benachteiligt werden – niemand darf schlechtere Lebenschancen auf Grund seines Wohnortes oder wegen des Geldbeutels seiner Eltern haben.*

*Wer darüber hinaus die Hilfe der Gemeinschaft braucht, soll sie in der solidarischen Stadtgesellschaft Oberhausen als Hilfe zur Selbsthilfe, als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben bekommen. Die Forderung nach Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit haben somit nichts zu tun mit Gleichmacherei, im Gegenteil. Sie sind ein Bekenntnis zu einer Gesellschaft, in der sich die Menschen unter gerechten Bedingungen frei und selbstbestimmt verwirklichen können.*

Benachteiligung ist ein komplexes Problem, das viele Personengruppen (wie etwa Frauen, Familien, Kinder, Jugendliche, Senioren, Migranten und andere) in vielen verschiedenen Lebenslagen (zum Beispiel Armut, Arbeitslosigkeit, Behinderung, Bildung, Gesundheit, Kultur, etc.) betrifft. Nach wie vor haben Frauen in unserer Gesellschaft schlechtere Chancen als Männer, Menschen mit geringem Einkommen haben weniger soziale Teilhabe und schlechtere Bildungschancen, Migrantinnen und Migranten sind häufig nicht ausreichend integriert und von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Die Verwirklichung gleicher Chancen muss daher als eine Querschnittsaufgabe aller Politikfelder begriffen werden.

Wir sind uns bewusst, dass eine gerechte Gesellschaft nicht allein auf kommunaler Ebene verwirklicht werden kann. Für unser kommunales Planen und Handeln wollen wir die Umsetzung von Chancengleichheit aber als grundlegendes Prinzip aller Politikgestaltung zu Grunde legen.

Speziell im Hinblick auf die Gleichstellung von Frauen bekennen wir uns zur Anwendung des Gender-Mainstreaming. Wir werden bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Männern und Frauen berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir die kommunale Gleichstellungsarbeit fortsetzen, da der Gender-Mainstreaming-Prozess dieses Instrument der Frauenförderung nicht überflüssig macht. Zudem werden wir die Förderung des Frauenhauses fortsetzen, um Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, Hilfen anzubieten.

## **Chancengleichheit durch beste Bildung für alle**

Bildung ist in unserer modernen Wissensgesellschaft die entscheidende Voraussetzung für die Einbindung in den Arbeitsmarkt, für eine selbstbestimmte Lebensführung und für gesellschaftliche Teilhabe. Das Recht auf Bildung ist somit ein Fundament für gesellschaftliche Chancengleichheit. Von einer sozial gerechten Gesellschaft kann nur dann die Rede sein, wenn alle ihre Mitglieder gleichberechtigt an Bildung teilhaben. Für uns bedeutet Chancengleichheit also vor allem auch, dass alle die Chance auf die für sie beste Bildung erhalten - unabhängig davon, woher sie kommen, wie sie leben oder wie viel Geld sie haben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns der herausragenden Bedeutung von Bildung für die Lebenschancen der Menschen bewusst und haben uns daher dem Grundsatz verpflichtet: „Die beste Bildung für alle!“

Auch wenn die Gestaltung der Bildungspolitik in die Zuständigkeit des Landes fällt, werden wir den gesamten kommunalen Handlungsspielraum nutzen, um allen Bürgerinnen und Bürgern in Oberhausen die für sie beste Bildung zu ermöglichen. Wir wollen dazu beitragen, in unserer Stadt eine Kultur des gemeinsamen Lernens zu etablieren und damit ein Bildungssystem zu überwinden, das unsere Kinder viel zu früh auf eindimensionale Bildungslaufbahnen festlegt.

Wir wollen für unsere Stadt ein vielschichtiges und kreatives Bildungsangebot, das schon im Kleinkindalter mit frühzeitiger Förderung ansetzt und jederzeit - im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens - für jedermann verfügbar bleibt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Oberhausenerinnen und Oberhausener ihr Recht auf hochwertige Betreuung, Bildung, Ausbildung und Weiterbildung wahrnehmen können – ohne Sackgassen und ohne Benachteiligungen.

Um dieses Ziel zu erreichen, waren und sind gemeinsame Anstrengungen und vor allem Investitionen notwendig – in die Kindertageseinrichtungen, in die Schulen und in die kommunalen Qualifizierungs- und Bildungsträger wie Ruhrwerkstatt und VHS. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Überzeugung, dass diese Investitionen trotz der angespannten Haushaltslage für Oberhausen unerlässlich sind – für die Verwirklichung von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit in unserer Stadt und für die Zukunft ihrer Menschen. Wie bisher sind wir daher bereit mit allen Bürgerinnen und Bürgern und allen Akteuren der kommunalen Bildungslandschaft zusammenzuarbeiten, die sich demselben Ziel verschrieben haben wie wir: „Die beste Bildung für alle!“

## **Für mehr Gerechtigkeit: Ungleiches ungleich behandeln**

Um die Chancen insbesondere junger Menschen zu verbessern, wollen wir noch stärker Ungleiches ungleich behandeln. Wir werden zum Beispiel Kindertageseinrichtungen und Schulen mit schlechteren Startbedingungen verstärkt fördern. Hierzu werden wir finanzielle Mittel auf benachteiligte Kindertageseinrichtungen und Schulen konzentrieren und so Benachteiligungen für Kinder abbauen und Chancen verbessern. Das Prinzip der besonderen Förderung benachteiligter Menschen wollen wir auch auf weitere Bereiche wie die Jugendarbeit und die Förderung von Stadtteilen übertragen.

## Bündnis für Familien weiter ausbauen

Familien brauchen in besonderem Maße Unterstützung und sie haben einen Anspruch darauf. Gemeinsam mit vielen Partnern haben wir daher das „Bündnis für Familien“ auf den Weg gebracht, um die Oberhausener Familien noch stärker als bisher unterstützen zu können. In diesem Rahmen könnten wir bereits zahlreiche Maßnahmen verwirklichen darunter zum Beispiel

- das Projekt „Kinder im Mittelpunkt“. Mit diesem Projekt wollen wir das frühzeitige Kümmern um Kinder und Eltern in Oberhausen etablieren. Jugendamt und Familienbildungsstätte werden unter dem Namen „Von Anfang an“ einen ehrenamtlichen Unterstützungsdienst für Eltern einrichten, dessen Ziel es ist, alle Eltern von Neugeborenen in Oberhausen zu besuchen und über Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren. Gerade Alleinerziehende und junge Eltern sollen auf diese Weise bei den ersten Schritten in ihrem neuen Lebensabschnitt Unterstützung erfahren. Gleichzeitig können im Rahmen der Besuche Anzeichen von Kindeswohlgefährdung wahrgenommen werden,
- die Einrichtung von Familienzentren in den Stadtteilen. Die Kindertageseinrichtungen in Oberhausen werden wir flächendeckend zu Familienzentren mit Angeboten in den Bereichen Erziehungsberatung, Kinder- und Jugendhilfe, Wiedereinstieg in den Beruf nach der Elternphase sowie Gesundheitsvorsorge ausbauen. Wir halten es für unerlässlich, dass die Oberhausener Familien dezentral Beratung und Unterstützung finden. Auch wenn die Landesförderung dieser Familienzentren vollkommen unzureichend ist, halten wir an dem Ziel fest, möglichst vielen Familien solche umfassenden Unterstützungsangebote vor Ort anbieten zu können.
- die verschiedenen Angebote zur Sprachförderung, bei denen zum Teil auch Eltern gefördert werden,
- die präventiven Erziehungshilfen, wie „Elterntraining / Elternführerschein“, die Eltern für die Bewältigung von Familienalltag und Erziehungsproblemen stärken sollen,
- die Familienkarte. Die Angebote zur Familienkarte sollen quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut werden, um den Familien dadurch Vergünstigungen zu gewähren.

Darüber hinaus arbeiten wir konsequent an einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir dieses Ziel ohne das Entgegenkommen der Privatwirtschaft nicht erreichen können. Um entsprechende Anreize zu schaffen, haben wir den Wettbewerb „Familienfreundliches Unternehmen“ ins Leben gerufen. Dabei prämiiert die Stadt Unternehmen, die beispielhafte Konzepte und Ideen für mehr Familienfreundlichkeit umgesetzt haben.

In einem nächsten Schritt werden wir nun eine gezielte – auch individuelle – Anpassung der Betreuungszeiten von Kindern im Elementar- und Primarbereich vornehmen, um den Oberhausener Eltern eine flexiblere Tagesplanung zu ermöglichen.

## **Wohnen und Leben für ältere Menschen**

Unsere Gesellschaft wird älter. Auch in Oberhausen wird der Anteil älterer Menschen steigen. Daraus ergeben sich besondere Anforderungen, aber auch neue Chancen für unsere Stadt.

Neben speziellen Beratungsangeboten, wie dem Seniorenbüro im Knappenviertel, wollen wir die älteren Oberhausenerinnen und Oberhausener vor allem mit einer städtischen Infrastruktur unterstützen, die ihren Bedürfnissen angemessen ist. Insbesondere werden wir die Einrichtung von Wohnangeboten vorantreiben, die ein selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Alter ermöglichen.

Wir sind deshalb entschlossen, neben den privaten Angeboten, wie dem Wohnprojekt in der Sterkrader Innenstadt, auch die öffentlichen Angebote der Alteneinrichtungen der Stadt zu erhalten und ausbauen. Ein Verkauf der Alteneinrichtungen der Stadt kommt für uns nicht in Frage. Stattdessen haben wir uns für weitere Modernisierungsmaßnahmen und einen Neubau auf dem Gelände der Elly-Heuss-Knapp-Stiftung entschieden.

Die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger stellen für Oberhausen eine große Bereicherung dar. Damit unsere Stadt von ihren Erfahrungen und ihrem Engagement profitieren kann, werden wir den Seniorinnen und Senioren Angebote zur Mitwirkung unterbreiten. Neben speziellen Begegnungsangeboten wollen wir dabei insbesondere das ehrenamtliche Engagement von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern fördern. Dies soll ein Schwerpunkt für die Arbeit der städtischen Beratungsstelle Ehrenamt sein.

## **Soziale Stadtteile – Soziale Stadt**

Vor Ort in den Stadtteilen ist die solidarische Unterstützung von Menschen am besten zu gewährleisten. Deshalb wollen wir die Stadtteilprojekte im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ fortsetzen und ausbauen. Aufgabe dieser Projekte ist es, die Fördermaßnahmen der verschiedenen Akteure in den Stadtteilen zu bündeln und zu koordinieren. Damit soll es möglich werden, vor allem die Entwicklung in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf noch effektiver als bisher voranzutreiben. Im Knappenviertel, in Lirich, und in der Innenstadt von Alt-Oberhausen konnten wir auf diese Weise bereits ein dichtes Netz von lokalen Partnern knüpfen und zahlreiche Fördermaßnahmen umsetzen. Dabei haben wir immer Wert darauf gelegt, die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen mitzunehmen und sie an den entsprechenden Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Dieses erfolgreiche Vorgehen wollen und werden wir fortsetzen.

In einem nächsten Schritt wollen wir das Programm „Soziale Stadt“ auf den Stadtteil Osterfeld ausweiten. Dazu ist die Stadt allerdings auf die Unterstützung des Landes angewiesen. Bisher jedoch verweigert die Landesregierung die notwendigen finanziellen Mittel mit Hinweis auf die Haushaltslage. Unserer Ansicht nach, ist nicht nachzuvollziehen, dass Oberhausen – wie anderen strukturschwachen Kommunen auch – die notwendige Hilfe des Landes versagt wird, obwohl unsere Stadtteile einen Investitionsbedarf aufweisen, den wir alleine nicht bewältigen können. Gerade finanzschwache Gemeinden sollten von Förderprogrammen profitieren.

## **Gemeinsam Armut bekämpfen**

Auch in unserem reichen Land gibt es Armut. Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten sind auf ein umfassendes Angebot an öffentlichen Dienstleistungen angewiesen, um ihr Recht auf gesellschaftliche Teilhabe angemessen wahrnehmen zu können. Büchereien, Hallenbäder, Freizeitangebote wie das Tiergehege und ein attraktives Angebot im öffentlichen Nahverkehr sind gerade für jene Menschen von großer Bedeutung, die nicht zu den Besserverdienenden gehören. Daher braucht unsere Stadt diese Angebote als notwendigen Teil ihrer Infrastruktur und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden für ihren Erhalt kämpfen!

Insbesondere die schlechtere gesundheitliche Lage von Menschen in Armutssituationen erfordert unsere besondere Aufmerksamkeit. Wir legen deshalb neben der Gesundheitsprävention und –information der vergangenen Jahre einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Gesundheitssituation in besonderen Stadtteilen und sprechen verstärkt Menschen an, die in einem Umfeld leben, das ihre Bildungschancen beeinträchtigt.

Zur gezielten Armutsbewältigung bedarf es darüber hinaus zusätzlicher Hilfsangebote wie etwa finanzielle Unterstützungsleistungen, Beratungsangebote und kostenlose Dienstleistungen. Die Oberhausener Tafel, der Mittagstisch für Kinder, der Treffpunkt für Wohnungslose, der Oberhausen-Pass, die ärztliche Versorgung von wohnungslosen Menschen und die Schuldnerberatung sind nur einige Beispiele dafür wie Vereine, Wohlfahrtsverbände und die Stadt selbst Solidarität in Oberhausen konkret erfahrbar machen. Diese Initiativen haben auch weiterhin unsere volle Unterstützung.

## **Integration - ein kommunales Thema**

Zuwanderung und Integration gelingen und scheitern in den Stadtteilen und Nachbarschaften, in den Schulen und auf den Spielplätzen, am Arbeitsplatz und im Stadtpark. Wir betrachten die Kommune daher als den Ort und den Motor von Integration. Wir sind uns bewusst, dass Zuwanderung immer das Risiko des Scheiterns in sich birgt: Soziale Spannungen können ebenso die Folge von Zuwanderung sein wie getoisierte Wohngebiete oder die dauerhafte Abhängigkeit ganzer Bevölkerungsgruppen von öffentlichen Transferleistungen.

Zuwanderung eröffnet Oberhausen aber auch große Chancen, etwa die Entwicklung einer vielfältigen und facettenreichen Stadtkultur oder positive demografische Effekte. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass Zuwanderung und Integration in unserer Stadt gelingen können, ist die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger.

In erster Linie gehört dazu die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in Oberhausen an Bildung und Beschäftigung. Der Schlüssel zu schulischer und beruflicher Qualifikation und damit zum Arbeitsmarkt ist dabei vor allem der Erwerb der deutschen Sprache. Daher haben wir ein kommunales Integrationskonzept beschlossen, in dem die Sprachförderung einen Schwerpunkt bildet. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben damit bewiesen, dass wir uns für die Kinder und Jugendlichen aus Einwandererfamilien stark machen und deren Entwicklungschancen ver-

bessern wollen. Es gilt nun, dieses Konzept zur besseren Integration von Migrantinnen und Migranten umzusetzen und konsequent weiterzuentwickeln. Wir sind bereit, dazu mit allen Partner und Fachbereichen zusammenarbeiten, die das gleiche Ziel verfolgen wie wir: Chancengleichheit.

## **Effektive Strukturen für Chancengleichheit**

Für die Förderung von mehr Chancengleichheit und mehr sozialer Gerechtigkeit wurde in Oberhausen, gemeinsam mit anderen sozialen Trägern, ein dichtes Netz von Einrichtungen geschaffen: Die Gleichstellungsstelle, die Stelle zur Umsetzung des Integrationskonzeptes, das Seniorenbüro im Knappenviertel, das Familienbüro und die Stelle zur Förderung des Ehrenamtes leisten in ihren Bereichen herausragende Arbeit.

Da die Ursachen und Auswirkungen von Benachteiligungen oft ähnlich sind und viele Menschen mehrfach betroffen sind, wollen wir die bisherigen Handlungsansätze zu integrierten, übergreifenden Konzepten weiterentwickeln, um soziale Benachteiligungen noch wirksamer abbauen und mehr Chancengleichheit erreichen zu können. Im Zuge der Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes werden wir prüfen, ob und inwieweit sich durch eine Zusammenlegung dieser Stellen zu einem zentralen „Büro für Chancengleichheit“ die Arbeit optimieren und die Einzelmaßnahmen besser koordinieren lassen.

## **Stadtentwicklung für Oberhausen**

Unsere Stadt durchlebt gegenwärtig einen tiefgreifenden Strukturwandel. Neben den ökonomischen Verhältnissen verändern sich auch die globalen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in vielerlei Hinsicht: Klimawandel, demografische Entwicklung, Vervielfältigung der Familienkonstellationen, veränderte Bildungs- und Qualifizierungsanforderungen sowie neue Freizeit- und Konsumgewohnheiten stellen große Herausforderungen für die kommunale Stadtentwicklung dar und erfordern eine umfassende Bestandsaufnahme und Zukunftsplanung.

Die Entwicklungsplanung für Oberhausen läuft über zwei wichtige Zugänge: Zum einen wird die Stadt in ihrer sozialräumlichen Entwicklung betrachtet. Für die Stadtteile Alt-Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld und für die Neue Mitte werden unter dieser Perspektive jeweils eigene Entwicklungsszenarien erarbeitet.

Zum anderen begreifen wir Stadtentwicklung als eine umfassende Aufgabe. Daher wollen wir ein integriertes Stadtentwicklungskonzept erstellen, das uns die Möglichkeit eröffnet, die vielschichtigen Aufgaben der Stadtentwicklung zu bündeln und nach bewusst gesetzten Prioritäten anzugehen. Stadtentwicklung und Haushaltskonsolidierung betrachten wir dabei als zwei Seiten einer Medaille. Beides sind gleichermaßen unverzichtbare Aufgaben, denen wir gerecht werden müssen. Die integrierte Stadtentwicklungsplanung hilft uns, unsere begrenzten Mittel so effektiv wie möglich zum Einsatz zu bringen und damit Kosten zu sparen.

### **Integriertes Stadtentwicklungskonzept**

Oberhausen ist eine soziale Stadt, sie ist kinder- und familienfreundlich, sie ist welt-offen und tolerant und bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern eine hohe Lebensqualität. Diese Errungenschaften können wir langfristig nur erhalten und fördern, wenn wir die verschiedenen Pläne und Vorhaben für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt im Rahmen eines umfassenden Konzepts aufeinander abstimmen. Aus diesem Grund wollen wir ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“ erarbeiten, das Maßgaben für die nachhaltige Entwicklung aller kommunalen Handlungsfelder enthält. Das „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ soll als ein Planungsinstrument dienen, mit dessen Hilfe Einzelmaßnahmen ressortübergreifend koordiniert und auf das Gesamtziel einer dauerhaft positiven Stadtentwicklung hin ausgerichtet werden können. Dazu wollen wir die etablierte Raumplanung durch konkrete Zielsetzungen in den Bereichen Soziales, Integration, Bildung, Kultur und Sport ergänzen. Mit diesem umfassenden Entwicklungskonzept schaffen wir nicht nur die Grundlage dafür, dass alle Maßnahmen zur Stadtentwicklung zielstrebig geplant, abgestimmt, beschlossen und konsequent umgesetzt werden können. Vielmehr verbessern wir mit unseren klaren Zielvorgaben die Möglichkeit effektiver Erfolgskontrollen und leisten somit einen wichtigen Beitrag zur Transparenz unserer politischen Arbeit.

Einen gelungenen Ausgangspunkt für ein „Integriertes Stadtentwicklungskonzept“ sehen wir in dem von der Verwaltung vorgelegten Stadtentwicklungskonzept 2020. Auf dessen Grundlage wollen wir in einen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger über eine integrierte Zukunftsplanung für Oberhausen eintreten. Für uns ist klar: Stadtentwicklung geht alle an und kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie in enger Abstimmung mit den Menschen in Oberhausen auf den Weg gebracht wird. Wir So-

zialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die wegweisenden Ziele und Eckpunkte dieser integrierten Planung daher in einem breit angelegten, für alle Bürgerinnen und Bürger offenen und demokratischen Prozess erarbeiten.

Bereits heute wird bei wichtigen Aufgaben wie Bildung, Familie oder Integration ressort- und trägerübergreifend gearbeitet. Die Oberhausener SPD wird auch weiterhin – soweit erforderlich – alle organisatorischen Hemmnisse aus dem Weg räumen, um städtische Entwicklungspotenziale durch integrierte, ganzheitliche Arbeit optimal zu erschließen.

## **Stadtteilentwicklung und sozialräumliche Planung**

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beruht die positive Entwicklung unserer Stadt in erster Linie auf der positiven Entwicklung ihrer Stadtteile. Sie sind die eigentlichen Orte des Wohnens, des Lebens, des Lernens und Arbeitens, des Miteinanders von Familien, Freunden und Nachbarn. Hier vor allem erleben die Bürgerinnen und Bürger Oberhausen als ihre Heimat.

Vor diesem Hintergrund halten wir Kleinräumigkeit für einen wichtigen Aspekt der Stadtplanung. Das kommunale Planen und Handeln für Oberhausen als Ganzes – etwa in den klassischen Bereichen Bildung und Verkehr - muss eng verzahnt werden mit den konkreten sozialräumlichen Planungen auf der Ebene der Stadtteile.

Wir begrüßen es daher, dass das kommunale Stadtentwicklungskonzept 2020 dieser Einsicht folgt und für die zentralen Themen Arbeit, Einzelhandel, Umwelt, Wohnen und Verkehr, neben der gesamtstädtischen Betrachtung auch eine stadtteilbezogene Planung eingeleitet wurde.

## **Alt-Oberhausen**

Das Zentrum von Alt-Oberhausen ist für Bewohner und Besucher gleichermaßen von Interesse – als Ort des Wohnens, Einkaufens und Flanierens. Neben dem Einzelhandel haben hier traditionell viele Dienstleister (Ärzte, Rechtsanwälte,...) und Gastronomiebetriebe ihren Standort. Diese Vielfalt wollen wir stärken. Außerdem werden wir einen Schwerpunkt bei der Förderung der Kreativwirtschaft in der Innenstadt setzen.

Die Oberhausener City hat durch den Sparkassen-Neubau, die Gestaltung des Südbadquartiers, die neue City-Ankunft und das Fassadenprogramm neue städtebauliche Impulse erhalten. Die Entscheidung des Landes, das Finanzamt aus der Oberhausener Innenstadt zu verlagern, ist falsch und schadet der Innenstadt. Um eine sinnvolle Nachfolgenutzung auf den Weg zu bringen, schlagen wir einen Ideenwettbewerb vor, der auch die Folgenutzung der Post und der Justizvollzugsanstalt mit einbezieht.

Das Stadtbild der Innenstadt und angrenzender Gebiete ist geprägt durch zahlreiche Alleen und Parkanlagen. Der alte Gedanke der Parkstadt Oberhausen aus den 1920er Jahren ist von uns wieder belebt worden. Dieses städtebauliche Markenzeichen der City wollen wir noch stärker herausarbeiten und nach Möglichkeit in das Umfeld der Marktstraße ausdehnen.

Das Knappenviertel hat sein schlechtes Image abgelegt. Angestoßen durch das Projekt Knappenviertel wurden zahlreiche städtebauliche und bürgerschaftliche Aktivitäten entfaltet. Die größte Obdachlosensiedlung Oberhausens gibt es nicht mehr; stattdessen neues Wohnen für Jung und Alt.

Eine zusätzliche Stärkung erfährt das Gebiet durch das Engagement von Bürgern und Gewerbetreibenden im Verein „Knappeninitiative Oberhausen“ (KinO). Wir werden das Erreichte erhalten und als anregendes Beispiel für andere Quartiersentwicklungen nutzen.

Mit den Projekten Innenstadt und Lirich konnten wir an das Erfolgsmodell Knappenviertel anknüpfen. Die Projekte sind jedoch Teil des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“, dessen Fördermittel mit Verweis auf die Haushaltslage der Stadt für das Jahr 2008 durch die Bezirksregierung blockiert und für das Jahr 2009 erst gar nicht bewilligt wurden. Wir werden uns vehement dafür einsetzen, dass die Stadt den erforderlichen Eigenanteil von 20 Prozent in geeigneter Form – wenn möglich aus dem Konjunkturpaket II des Bundes – darstellen darf.

Besonderes Augenmerk werden wir auf den Erhalt und die Weiterentwicklung der Grün- und Freizeitbereiche im Norden, Süden und Osten des Bezirks legen. Dabei kommt dem Kaisergarten als Herzstück der „neuen“ Parkstadt in der Neuen Mitte Oberhausen besondere Bedeutung zu. Als wertvoller Erholungs- und Erlebnisraum mitten in der Stadt wird der Besuch auch weiterhin kostenlos sein. Jenseits des Kanals soll der Kaisergarten durch die Anlage des Emscherparks eine attraktive Ergänzung erfahren. Gemeinsam mit der Emschergenossenschaft und Rot Weiß Oberhausen arbeiten wir auf die ökologische Gestaltung mit Landschaftsbrücke, das Haus des Wassers als Ausstellungszentrum, auf den ökologischem Lehrpfad und auf eine Neugestaltung der sportlichen Anlagen auf der Emscherinsel hin.

Der Osten Oberhausens ist grün und damit das zweite Standbein der „neuen“ Parkstadt in der Neuen Mitte. Ruderalpark, Läppkes Mühlenbach und Ripshorster Gehölzgarten sind wie der Uhlandpark wichtige Naherholungsgebiete. Neue Wegeverbindungen ermöglichen heute Zugänge, die lange durch die Industrie versperrt waren.

Im Süden bieten Ruhrpark und Ruhrauen einen hohen Wohn- und Freizeitwert. Dies gilt es durch ein attraktives Rad- und Fußwegenetz zu ergänzen.

Wir fühlen uns einen harmonischen Ausgleich zwischen Wohnen, Gewerbe und Freiflächen verpflichtet. Das Stadtentwicklungskonzept bietet dafür eine hervorragende Grundlage. Der mit starker Bürgerbeteiligung entwickelte Maßnahmenkatalog wird uns als Leitfaden für die attraktive Entwicklung Alt-Oberhausens dienen.

## **Sterkrade**

Die Entwicklung der Sterkrader Innenstadt ist ein Musterbeispiel für gelungenen Strukturwandel. Der Sterkrader Stadtkern war durch den Rückzug der Schwerindustrie mit riesigen innerstädtischen Brachflächen und dem zuletzt verwaisten GHH-Verwaltungsgebäude enorm belastet.

Wir haben diese große Hypothek als Chance begriffen und mit zielgerichteten Entscheidungen für Hirsch-Center, Sterkrader Tor und Technisches Rathaus neue Ar-

beitsplätze, neue Attraktivität und eine sinnvolle Ergänzung der Innenstadt ermöglicht. Mit dem Bau von alten- und generationengerechten Wohnungen, mit einem zusätzlichen Kindergarten, neuen Wegeverbindungen und einem Parkhaus auf dem Gelände hinter dem Technischen Rathaus findet die Aktivierung der letzten großen innerstädtischen Brachfläche in naher Zukunft ihren Abschluss.

Dennoch gilt es, beharrlich weiterzuarbeiten: Mit dem Neubau der Ost-/Westrampe haben wir ein Verkehrsnadelöhr beseitigt. Mit dem Ausbau der Von-Trotha-Straße und der Holtener Straße werden wir den Verkehr weiter optimieren.

Der Erhalt bzw. die Modernisierung des DB-Haltepunktes „Sterkrader Bahnhof“ bleibt eine wichtige Forderung der SPD Oberhausen. Dies umfasst auch einen barrierefreien Zugang der Bahnsteige, insbesondere auch für die Regionalzüge in Richtung Duisburg und Düsseldorf.

Im Einklang mit anderen sozial orientierten Projekten werden wir das Thema „Wohnen und Leben in der Innenstadt“ konsequent weiter entwickeln. Wir werden den Handel zielgerichtet unterstützen und - wo notwendig - Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Das High-Light im Sterkrader Veranstaltungskalender, die Kirmes, wollen wir auf ihrem attraktiven Niveau halten.

Ein wesentliches Projekt für Sterkrade ist der Umbau der Emscher. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir dieses Jahrtausendprojekt begleiten und darauf achten, dass es als echte Chance für eine nachhaltige Stadtentwicklung genutzt wird.

Auch vom Thema Betuwe-Linie ist Sterkrade wie nahezu die gesamte Stadt einschneidend betroffen. Die Stadt hat dabei zwar keine direkte Entscheidungskompetenz. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden aber dafür Sorge tragen, dass sie in Form einer Anwaltschaft Verantwortung übernimmt und ein enges Bündnis mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht. Lärmschutz, eine vernünftige Perspektive für den Verkehrsfluss, die Betriebssicherheit und den Nahverkehr - das sind die Gesichtspunkte unter denen wir die Umsetzung der Betuwe-Linie kritisch begleiten werden.

Der Dreiklang von „Leben, Wohnen und Arbeiten“ ist in den liebens- und lebenswerten Sterkrader Stadtteilen von Schmachtendorf, Holten, Sterkrade-Mitte über Buschhausen bis zur Weierheide erfahrbar. Auch in Zukunft werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Arbeitsplätze schaffen, Industrie erhalten und ausbauen, Gewerbe- und Wohnungsbau ermöglichen und lebenswerte Stadtteile gestalten. Dabei werden wir die Erkenntnisse aus der Bürgerbeteiligung am Stadtentwicklungskonzept aufgreifen, in einem offenen Dialog gewichten und umsetzen.

## **Osterfeld**

Mit vielfältigen Maßnahmen, beispielweise in den Bereichen Innenstadtgestaltung, Jugendpolitik und Wohnungsbau wurde die Attraktivität des Stadtteils Osterfeld weiter verbessert. Mit dem Start des Immobilienmanagements für die Osterfelder Innenstadt, der Ausweitung der offenen Jugendarbeit, dem Bau der Seniorenwohnanlage an der Olga und der Ausweisung von Wohnbauflächen insbesondere für junge Familien haben wir auf die vorhandene Herausforderungen in Osterfeld angemessen reagiert und die Stadtteilentwicklung erfolgreich vorangetrieben. Diese positive Ent-

wicklung werden wir gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern im Stadtteil fortsetzen. Durch die Beteiligung am Projekt „Soziale Stadt“ wollen wir die vielfältigen sozialen Aktivitäten in Osterfeld bündeln und verstärken.

Die zentralen Ziele der Stadtteilentwicklung in Osterfeld sind der Ausbau der Ausgrabungsstätte der Antony-Hütte zu einem Tourismusstandort, ein Fassadenprogramm für die Innenstadt, der Ausbau des Saunabereichs im Revierpark Vonderort und eine neue Nutzung des Bunkers an der Bottroper Straße. Zur Verbesserung der Wohnsituationen soll am Standort der ehemaligen Wohnungen für Obdachlose an der Klosterhardter Straße ein Wohnprojekt für Seniorinnen und Senioren und für junge Familien umgesetzt werden.

Entscheidend für die Entwicklung des Stadtteils bleibt darüber hinaus die sinnvolle Folgenutzung für den Gartendom. Hierzu muss die Stadt auch weiterhin jede mögliche Unterstützung leisten. Klar ist aber auch, dass vor allem der Eigentümer in der Pflicht steht, seiner Verantwortung für die Zukunft des Gartendoms endlich gerecht zu werden.

## **Neue Mitte Oberhausen**

Die Weiterentwicklung des vielfältigen Stadtentwicklungsprojekts „Neue Mitte Oberhausen“ ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein klares Muss. Neben den rund 3.000 Arbeitsplätzen im Centro selbst, sind in den Freizeiteinrichtungen und Gewerbeparks der Neuen Mitte insgesamt 12.000 Arbeitsplätze entstanden. Damit ist die Neue Mitte für die Freizeitwirtschaft und für zahlreiche andere Dienstleistungsbranchen *der* wirtschaftliche Motor für den Strukturwandel in Oberhausen.

Bei allen kommunalen Flächen, werden wir, wie beim Marina-Gelände, auf eine konsequente Weiterentwicklung und Vermarktung Wert legen. Bei Flächen in privater Hand werden wir, wie beim Grundstück des ehemaligen Stahlwerkes Oberhausen an der Osterfelder Straße, die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, damit zeitnah attraktive Folgenutzungen verwirklicht werden können.

## Kulturelle Vielfalt für Oberhausen

Aufgrund ihrer finanziellen Lage musste sich die Stadt Oberhausen in der Vergangenheit auf bestimmte Kultursparten konzentrieren. In diesen ausgewählten Bereichen verfügen wir heute über ein attraktives und anspruchsvolles Kulturangebot, auf das die Oberhausenerinnen und Oberhausener stolz sind:

Das Theater, die Ludwig Galerie Schloss Oberhausen, die Internationalen Kurzfilm-tage und der Gasometer sind feste Bestandteile des Kulturangebots der Metropole Ruhr, auf die wir weder verzichten können und noch wollen.

Musikschule, VHS, Stadtbibliothek und Gedenkhalle bieten Kindern und Erwachsenen vielfältige Angebote der kulturellen Bildung. Auch die soziokulturellen Zentren Altenberg, Druckluft, Ruhrwerkstatt und K 14 bereichern das kulturelle Leben in Oberhausen. Seit langem schon leisten sie mit geringer städtischer Unterstützung aber mit umso mehr ehrenamtlichem Engagement unschätzbare Arbeit. Und schließlich konnten wir in Oberhausen auch zahlreiche private Initiativen und Kulturanbieter etablieren und halten: Centro, Ebertbad, Kleinstädter Bühne, Niebuhr sind nur einige Beispiele dafür.

Ohne seine vielfältige Kulturlandschaft ist Oberhausen auf Dauer nicht überlebensfähig. So sehr wir attraktive kommerzielle Angebote schätzen und fördern, bleibt es unsere Überzeugung, dass eine lebendige Kulturlandschaft immer auch auf öffentliche Bildungs- und Kulturangebote angewiesen ist.

Die kommunalen Investitionen in den Bereichen Kultur und Soziokultur betrachten wir nicht bloß als freiwillige Aufgaben, sondern als unverzichtbaren Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Unseren Kindern sind wir es schuldig, die Lebensqualität in Oberhausen auch in kultureller Hinsicht zu erhalten und weiter zu entwickeln. Dabei haben unsere städtischen Kulturinstitute längst bewiesen, dass sich innovative und hochwertige Kulturangebote auch in Zeiten knapper Kassen nicht nur erhalten, sondern sogar ausbauen lassen:

- Das Theater ist und bleibt auch unter dem neuen Intendanten Peter Carp *das* Aushängeschild des Oberhausener Kulturlebens mit überregionaler Ausstrahlung. Ob populärer Klassiker oder spektakuläre Erstaufführung - immer wieder gelingen dem engagierten Ensemble Theaterereignisse, die Publikum und Kritiker gleichermaßen begeistern. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das Theater kein Luxus, der dem Rotstift der Kommunal-aufsicht geopfert werden könnte, sondern ein notwendiger Bestandteil des Kulturangebots in Oberhausen.
- Die Volkshochschule ist unsere kommunale Universität für Jedermann. Sie steht allen Bürgerinnen und Bürgern offen, die sich aus beruflichen oder privaten Gründen weiterbilden möchten. Sie macht „lebenslanges Lernen“ für viele Menschen überhaupt erst möglich. Wir werden dafür sorgen, dass die Volkshochschule trotz der angespannten Haushaltslage auch weiterhin ein breites und fundiertes Unterrichtsprogramm anbieten kann. Die ständige Optimierung der Angebote wollen wir dabei partnerschaftlich begleiten.
- Immer mehr Kinder und Jugendliche möchten ein Musikinstrument spielen lernen. Dank der städtischen Musikschule, lässt sich dieser Wunsch auch für

jene Kinder erfüllen, deren Eltern keinen teuren Privatunterricht bezahlen können. Durch den Umzug der Musikschule an den neuen Standort im Gewerbegebiet Lipperfeld hat sich die räumliche Situation erheblich verbessert. Auch in den kommenden Jahren werden wir der musischen Bildung in Oberhausen einen hohen Stellenwert einräumen.

- Die Bibliothek mit ihren Schulbibliotheken ist eine kulturelle Erfolgsgeschichte. Keine kulturelle Einrichtung wird so stark genutzt wie unsere Büchereien. Mit vielfältigen Aktionen fördert die Bibliothek die Lesebereitschaft und Lesefähigkeit besonders von Kindern und Jugendlichen. Die im Rahmen der Spardiskussionen vorgeschlagene Zentralisierung der Bücherei und die geforderte Schließung von Schulbüchereien lehnen wir ab. Stattdessen werden wir der Bibliothek mit dem Umbau des Bert-Brecht-Hauses verbesserte räumliche Bedingungen schaffen und so auch die inhaltliche Qualität der Arbeit weiter verbessern.
- Die Internationalen Kurzfilmtage sind weltweites Aushängeschild der Stadt Oberhausen. Sie haben sich stets an Veränderungen der Film- und Medienlandschaft angepasst und waren dabei Vorreiter für wichtige Entwicklungen im Filmbereich. Für uns sind die Internationalen Kurzfilmtage ein unverzichtbarer Bestandteil der Oberhausener Kulturlandschaft.
- Wir sind stolz auf unsere Gedenkhalle. Sie leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen auch in Oberhausen. Der Umbau und die Modernisierung der Gedenkhalle wird die Qualität dieser erfolgreichen Arbeit weiter verbessern. Wir werden hier ein hochwertiges und interessantes Angebot schaffen, damit sich insbesondere junge Menschen mit der Geschichte dieser Stadt beschäftigen. So wird die Gedenkhalle auch weiterhin einen Beitrag leisten, dass menschenverachtende Einstellungen in Oberhausen nicht Fuß fassen können.
- Die Ludwig-Galerie im Schloss Oberhausen erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Ihre Ausstellungen finden immer größeren Zuspruch. Neben der hohen Qualität der Ausstellung trägt auch der Umbau des Schlosses hierzu bei. Wir werden die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Stiftung Ludwig fortsetzen, die die Galerie zu einem der führenden Kunststandorte der Region macht.
- Der Gasometer ist nicht nur das Wahrzeichen der Region, er ist auch einer der schönsten und erfolgreichsten Ausstellungsorte Deutschlands. Zudem ist er wichtiger Bestandteil des Tourismusstandortes Oberhausen und trägt so auch entscheidend zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Mit „Sternstunden“ beheimatet der Gasometer zurzeit eine der erfolgreichsten und beeindruckendsten Ausstellungen seiner Geschichte. Der Gasometer wird eine der Hauptattraktionen der Kulturhauptstadt 2010. Wir wollen seine Attraktivität durch den Umbau des Eingangsbereichs weiter steigern und auch in Zukunft für herausragende Ausstellungen sorgen.

Ein besonderes Anliegen der Sozialdemokratie war und ist es, Kultur und Bildung allen Menschen zugänglich zu machen. Für ein soziales und demokratisches Gemeinwesen ist es unverzichtbar, allen Bürgerinnen und Bürgern, unabhängig von

deren finanzieller Situation, Möglichkeiten zur kulturellen Entfaltung anzubieten. Deshalb wollen wir zukünftig noch mehr auf die kulturelle Teilhabe jener Menschen hinarbeiten, die aufgrund ihrer Lebensumstände üblicherweise nur selten den Zugang zu Kultur- und Bildungsangeboten finden.

Dazu werden wir mit der Einrichtung einer Jugendkunstschule im „Haus der Jugend“ die bestehenden Kulturangebote für Kinder und Jugendliche vernetzen und neue Angebote erarbeiten. Diese sollen sich insbesondere an solche Bürgerinnen und Bürger richten, die unsere Kulturangebote bisher nur schwer erreicht haben. Wir wollen ihnen die Unterstützung und die qualitativ hochwertigen Angebote zur Verfügung stellen, die sie brauchen, um ihre kulturellen Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. Bei der Entwicklung entsprechender Angebote wollen wir insbesondere die Jugendlichen in Oberhausen aktiv teilhaben lassen.

Daneben ist uns vor allem die interkulturelle Öffnung der kommunalen Kultur- und Bildungsangebote ein wichtiges Anliegen. Wir legen Wert darauf, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Oberhausen unabhängig von ihrem ethnischen und kulturellen Hintergrund von den städtischen Kultur- und Bildungsangeboten erreicht werden. Die kulturelle Vielfalt unserer Stadt und der Metropole Ruhr wollen wir als Chance für die zukünftige Entwicklung Oberhausens begreifen und nutzen. Deshalb verpflichten wir uns einer Kulturlandschaft, die alle Lebenswelten unserer Stadt mit einbezieht.

Neben ihrem bildungspolitischen Auftrag, sehen wir es auch als Aufgabe der städtischen Kultureinrichtungen, gesellschaftliche Entwicklungen kritisch zu begleiten, Denkanstöße zu geben und damit ein kreatives und offenes Klima in unserer Stadt zu schaffen. Den entscheidenden Beitrag dazu leisten die Oberhausenerinnen und Oberhausener selbst, die aus eigener Kraft soziokulturelle Angebote auf den Weg bringen und mit viel Engagement verwirklichen. Solche Projekte werden wir auch weiterhin mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Der Ausbau des Ganztagsunterrichts hat erhebliche Auswirkungen auf die Arbeit der Kulturvereine in unserer Stadt. Noch können sie die Chancen, die sich aus dem Offenen Ganztagsunterricht für sie ergeben, nicht voll ausschöpfen. Nach dem Vorbild der erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen den Offenen Ganztagschulen und dem Stadtsportbund streben wir daher auch für die Kulturvereine eine solche Kooperation an.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Oberhausen auch in Zukunft ein Kulturangebot erhalten, das den Menschen Raum bietet, sich jenseits kommerzieller Interessen zu entfalten und sich in vielfältigen Formen künstlerisch und kreativ auszudrücken. Daher werden wir uns allen Auflagen der Kommunalaufsicht widersetzen, die weitere Einsparungen im Kultur- und Bildungsbereich vorsehen.

## **Sport und Gesundheit für Oberhausen**

Der Sport ist die größte Bürgerinitiative in Oberhausen und erfüllt für unsere Stadt vielfältige soziale Funktionen. In Sportvereinen begegnen sich Menschen unterschiedlicher Herkunft. Sportvereine bieten gerade Kindern und Jugendlichen sinnvolle Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung. Und Sportvereine leisten nicht zuletzt einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Gesundheit in unserer Stadt. Der Sport ist ein unverzichtbarer Bestandteil der sozialen Infrastruktur und eröffnet vielen Menschen Chancen und Perspektiven.

In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, die Entwicklung des Sports in unserer Stadt weiter voranzutreiben. Zahlreiche Renovierungsmaßnahmen und Sportplatzsanierungen haben den vorhandenen Bestand an Sportstätten gesichert und den aktuellen Anforderungen angepasst.

So haben wir trotz knapper Finanzmittel ein Programm zum Ausbau von Kunstrasenplätzen auf den Weg gebracht. Im Rahmen unseres Bäderpakets haben wir die Grundrenovierung des Hallenbades Sterkrade, den Neubau des Hallenbades Oberhausen und die Errichtung des Familien- und Freizeitbades an der Marina veranlasst und damit nicht nur das Schwimmangebot für den Schul- und Vereinssport ausgeweitet, sondern zugleich Unterhaltungskosten eingespart.

Die Förderung des Sports bleibt für die Oberhausener Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine zentrale Aufgabe. Die Unterstützung von Vereinen durch finanzielle Zuschüsse und die kostengünstige Bereitstellung von Sportstätten sind unverzichtbar. Deshalb wenden wir uns entschieden gegen Forderungen der Landesregierung, die Zuschüsse an Sportvereine zu streichen und kostendeckende Entgelte für die Nutzung von Sportstätten zu erheben. Dies würde dem Sport in Oberhausen und damit der sozialen Struktur unserer Stadt schweren Schaden zufügen.

Stattdessen wollen wir auf Grundlage des Sportentwicklungsberichts ein Paket zur Modernisierung der Sportstätten in unserer Stadt aufstellen. Im Mittelpunkt dieses Sportstättenpakets werden der weitere Ausbau von Kunstrasenplätzen, die Verbesserung der Möglichkeiten für den Individualsport und die Schaffung einer neuen Leichtathletikanlage in Sterkrade stehen. Außerdem werden wir ein neues Sportzentrum am Tackenberg errichten. Die Vereine und Schulen werden wir eng in die Vorbereitungen zu diesem Paket einbeziehen. Dabei muss es auch darum gehen, die bestehenden Angebote so zusammenzulegen, dass wir jene Einsparungen verwirklichen können, die wir zur Finanzierung einer modernen Sportlandschaft benötigen. Eine qualitative Verbesserung der Sportmöglichkeiten kann für den Oberhausener Sport – angesichts der städtischen Haushaltslage – nur im Rahmen unseres Sportstättenpakets gelingen.

Durch das Pilotprojekt „Moderne Sportstadt Oberhausen“ schaffen wir neue Sportangebote in den Stadtteilen und nutzen die Chancen einer engen Zusammenarbeit zwischen Sport und anderen gesellschaftlichen Akteuren wie Schulen, Kitas, Sozialverbänden und anderen Vereinen und Organisationen. Damit fördern wir nicht nur die Gesundheit der Menschen in Oberhausen, sondern eröffnen den Sportvereinen zudem neue Perspektiven zur Angebotsweiterung und Mitgliederwerbung.

Der Schulsport hat für uns eine hohe Priorität. Auch weiterhin wollen wir durch qualifizierte Koordination der Schulsportaktivitäten die hohe Leistungsdichte und das breite Angebot des Schulsports in Oberhausen gewährleisten.

Neben der Gesundheitsvorsorge durch Sport werden wir auch andere Vorsorgeangebote unterstützen. Dabei wollen wir die erfolgreiche Informations- und Präventionsarbeit des Gesundheitsamts durch Angebote für jene Bürgerinnen und Bürger ergänzen, die die traditionellen Informationsmöglichkeiten nicht nutzen und auf diese Weise insbesondere zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt beitragen. Um die Verknüpfung von Sport und Gesundheit zu fördern, werden wir die Einführung einer Sport- und Gesundheitsmesse in Oberhausen prüfen lassen.

Dies kann nur gelingen, wenn die gute Zusammenarbeit aller Akteure im Gesundheitsbereich weitergeführt wird. Die Vernetzung des Gesundheitsamtes mit den ansässigen Krankenhäusern und Ärzten, den Krankenkassen, den Wohlfahrtsverbänden, den Selbsthilfegruppen und allen anderen Anbietern von Gesundheitsleistungen ist uns wichtig. Der Gesundheitskonferenz kommt dabei mit ihren zahlreichen Arbeitsgruppen eine zentrale Vernetzungsfunktion zu. Aber auch das Selbsthilfenetzwerk mit seinen verschiedenen Initiativen betrachten wir als wichtigen Partner für die anstehenden Aufgaben der Gesundheitsfürsorge.

Darüber hinaus wollen wir stärker als in der Vergangenheit jene Chancen nutzen, die uns die Metropole Ruhr eröffnet und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstädten im Gesundheitsbereich ausbauen. Ob gemeinsame Informationsangebote, Präventionskonzepte oder Beratungsleistungen – nicht jeder muss das Rad neu erfinden!

Dies gilt insbesondere für die Entwicklung einer gemeinsamen Gesundheitsberichterstattung. In Zusammenarbeit mit anderen Ruhrgebietsstädten, dem Landesinstitut für Gesundheit und Arbeit, dem Institut Arbeit und Technik und dem Zentrum für Interdisziplinäre Regionalstudien soll ein Gesundheitsberichtssystem entwickelt werden, das die Möglichkeit für regionale Vergleiche eröffnet, Informationen über den Stand der Gesundheit in unseren Stadtteilen bietet und ebenso Hinweise auf die notwendige Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen liefert.

## Saubere Umwelt für Oberhausen

Unseren Kindern und uns eine lebenswerte Zukunft in sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht zu schaffen und zu erhalten - so haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung für Oberhausen verstanden.

Um dies zu verwirklichen, setzen wir auf eine ausgewogene Stadtentwicklung, die das soziale Zusammenleben, die Umweltbedingungen im Wohnumfeld und die Belange des Natur- und Umweltschutzes mit den Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten und der Schaffung von Arbeitsplätzen in Einklang bringt.

Wir halten es für notwendig, die Bürgerinnen und Bürger aktiv an diesem Abstimmungsprozess zu beteiligen und stehen daher für schnelle und anschauliche Information über Umweltdaten und den weiteren Ausbau von Beratungsangeboten, zum Beispiel in den Bereichen Abfallentsorgung und Regenwasserversickerung.

Zentrale Aufgabe der kommunalen Umweltpolitik bleibt die Sicherung einer verlässlichen und umweltfreundlichen Abfallwirtschaft, die durch Angebote zur Müllvermeidung und Wiederverwertung und durch eine umweltverträgliche Entsorgung dem Grundsatz der Nachhaltigkeit gerecht wird.

Darüber hinaus muss die kommunale Abfallwirtschaft in der Lage sein, die Sauberkeit unserer Stadt zu gewährleisten. Zu Recht legen viele Oberhausenerinnen und Oberhausener großen Wert auf ein sauberes und ansprechendes Erscheinungsbild der Straßen und Plätzen. Um dies jederzeit sicher stellen zu können, müssen Stadt und Bürger gleichermaßen einen Beitrag leisten - die Stadt mit den entsprechenden Reinigungsdiensten, die Bürgerinnen und Bürger mit verantwortungsbewusstem Verhalten.

Ein herausragendes Anliegen unserer Umweltpolitik ist die Bewältigung der durch Lärm verursachten Umweltverschmutzung. Insbesondere der Verkehrslärm belastet viele Bürgerinnen und Bürger in Oberhausen. Wir streben deshalb eine gesamtstädtische Lärminderungsplanung an, deren Schwerpunkt auf den Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohner der Betuwe-Linie liegen muss. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dabei auch Bahn, Bund und Land ihrer Pflicht zum Schutz der Oberhausener Bürgerinnen und Bürger nachkommen.

Umweltschutz bedeutet für uns immer auch Naturschutz. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten streben daher eine umfassende Naturschutzplanung für Oberhausen an. Dazu gehören vor allem die weiteren Planungen zur Verknüpfung von Grünflächen und die naturnahe Wiederherstellung von Bachläufen. Unser zentrales Ziel dabei ist, ökologische Aufwertungen mit neuen Möglichkeiten für naturschonende Naherholung zu verbinden.

Wir sind der Überzeugung, dass auch Oberhausen seinen Beitrag zur Bewältigung des Klimaproblems leisten muss. Dafür beschränken wir uns nicht auf allgemeine Mitmach-Appelle, sondern gehen mit gutem Beispiel und konkreten Handlungskonzepten voran. Neben der umweltgerechten Ausrichtung unserer Verkehrspolitik, haben wir es uns vor allem zur Aufgabe gemacht, den Energieverbrauch der städtischen Einrichtungen zu senken. Deshalb stellen wir den Energiebedarf aller kommunalen Gebäude auf den Prüfstand und berücksichtigen bei allen Bauvorhaben die Möglichkeit von Energiesparmaßnahmen. Gemeinsam mit dem örtlichen Energiever-

sorger arbeiten wir außerdem daran, das Angebot für die Versorgung mit umweltfreundlichen Energien zu erweitern. Den bereits jetzt beispielhaften Ausbau der Fernwärme werden wir in Osterfeld fortsetzen. Um dies besonders klimafreundlich zu tun, werden wir ein Biomasseheizkraftwerk in Sterkrade errichten. Darüber hinaus setzen wir verstärkt auf weitere regenerative Energiequellen.

## **Gemeinsam für Oberhausen**

*Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist diese Stadt mehr als eine bürokratische Organisationseinheit: Oberhausen, das sind wir alle gemeinsam! Das ist der Ort, an dem wir alle gemeinsam zusammenleben. Dieses Miteinander unterschiedlichster Menschen wäre ohne das Engagement der Oberhausenerinnen und Oberhausener überhaupt nicht denkbar. Erst dieses Engagement in den vielfältigsten Formen und Bereichen macht aus der Stadt Oberhausen eine soziale Gemeinschaft.*

*Unsere demokratische Gesellschaft ist angewiesen auf die direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern in Netzwerken, in Bündnissen und Initiativen zu verschiedenen Themen und Anlässen. Das zivilgesellschaftliche Engagement in Organisationen und Vereinen, in der Gemeinde und in der Nachbarschaft ist eine unverzichtbare Grundlage für eine solidarische und lebenswerte Stadt.*

*Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind uns bewusst, wie wichtig die Mitsprache und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger für unser gemeinsames Leben in Oberhausen sind. Deshalb stehen wir für einen offenen und demokratischen Diskurs; deshalb setzen wir uns ein, für ein Bündnis von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik – ein Bündnis für Oberhausen.*

## **Bündnis für Oberhausen**

Im Oktober 2008 hat Oberbürgermeister Klaus Wehling den Runden Tisch „Bündnis für Oberhausen“ ins Leben gerufen. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kultur, Sport, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Verwaltung sind seiner Einladung gefolgt, um gemeinsam gegen das Spardiktat der Kommunalaufsicht und für die Zukunft Oberhausens aufzutreten. Das „Bündnis für Oberhausen“ ist damit ein weiterer Meilenstein gelebter und lebendiger Demokratie in unserer Stadt. Dennoch bildet es nur Spitze einer vielfältigen Solidar- und Bündniskultur in Oberhausen.

Seit langem pflegen Verwaltung und SPD einen intensiven und offenen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Vertreterinnen und Vertretern der Stadtgesellschaft und mit Vereinen und Verbänden.

In den letzten Jahren sind auf diese Weise zahlreiche Gremien entstanden, die wie der Präventive Rat, wie das Bündnis für Familien, das Forum für Integration und das Netzwerk bürgerschaftlichen Engagements, dem Dialog und der gegenseitigen Abstimmung in wichtigen kommunalpolitischen Fragen dienen und damit die Grundlagen des gemeinsamen Handelns für Oberhausen schaffen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden uns für eine Stärkung dieser zivilgesellschaftlichen Strukturen einsetzen. Wir sehen in bürgerschaftlicher Mitgestaltung eine hilfreiche und sinnvolle Ergänzung der demokratischen Entscheidungsfindung durch die gewählte Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

## **Ehrenamtliches Engagement**

Für das Gemeinwohl in Oberhausen und die Gestaltung unseres Zusammenlebens ist das freiwillige und ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen und unterstützen diesen vielfältigen Einsatz und werden uns deshalb für verbesserte Rahmenbedingungen und für eine Kultur der Anerkennung für ehrenamtliche Arbeit einsetzen. Den zentralen Ansatzpunkt dafür sehen wir in der Arbeit der kommunalen Beratungsstelle Ehrenamt, die schon heute in vielfältiger Weise die bürgerschaftlichen Aktivitäten in Oberhausen koordiniert, initiiert und unterstützt.

## **Netzwerke und Kooperationen**

In allen politischen Handlungsfeldern finden sich zahlreiche Arbeitskreise, Projektgruppen, Netzwerke und Kooperationen. Sie sind wichtige Kontakt- und Informationsbörsen und gleichzeitig unerlässliche Instrumente zur professionellen Bearbeitung der vielfältigen Aufgaben der Stadtentwicklung.

Auf örtlicher und fachlicher Ebene arbeiten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten als fachkundige Bürgerinnen und Bürger an solchen Treffen mit.

Auf Grund der stetig wachsende Zahl und der hohen Komplexität der bearbeiteten Themen (z. B. Integration, Familienförderung, Bildung) müssen wir inzwischen beobachten, dass sich die verschiedenen Aufgabenfelder vielfach überschneiden. Vor diesem Hintergrund wird die Oberhausener SPD anregen, für die Einrichtung von Kooperationsrunden neue Standards zu entwickeln, die deren Effizienz dauerhaft gewährleisten können.

## **Anlassbezogene Bürgerbeteiligung**

In Oberhausen hat die direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern eine lange und gute Tradition. Auch weiterhin werden wir uns deshalb für die frühzeitige und umfassende Information über alle Themen und Planungen von öffentlichem Interesse und daraus resultierende Bürgerbeteiligungen einsetzen.

Gelungene Beispiele für kritische und konstruktive Bürgerversammlungen sehen wir in den Beteiligungsverfahren im Rahmen des Stadtentwicklungskonzepts 2020 und im Vorfeld des Haushaltssicherungskonzepts. Auf diesen Erfahrungen wollen wir aufbauen und bei ähnlich relevanten Themen auch in Zukunft vergleichbare Wege gehen.

## **Aktivierung**

Es war und ist das Ziel der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Oberhausen, dass alle Menschen in unserer Stadt jene Unterstützung und jene Angebote finden, die sie für die chancenreiche und – in ihrem Sinne – gute Gestaltung ihres Lebens brauchen und wahrnehmen wollen. Wir treten deshalb dafür ein, dass präventive und frühe Förderungen, Unterstützungsleistungen und Aktivierungsmöglichkeiten auch in finanziell schwierigen Zeiten erhalten bleiben. Dabei soll jede Zielgruppen die für sie besten Möglichkeiten der Aktivierung erhalten.